

# Halle'sche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1919 Nr. 4

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 212

Bezugspreis:

in Hall, und Deutscher monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 4,75, von Post  
Danke die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,90 außer Deutsches.

Morgen-Ausgabe

Anzeigenpreis: siehe Inseraten in Seite 26 Pfg., ausserhalb in Seite 26 Pfg. —  
Retenauer 1 Lini. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei bestellter Stelle.

Befähigste Halle-Sale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf tagstags 7801,  
abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfachkonto: Leipzig 20512.

Freitag, 3. Januar

Geschäftsstelle Berlin: Prenzlauer Str. 30. Fernruf Amt Kurier Nr. 6290  
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Uhlert, Halle-Sale

## Seht die Wählerlisten ein!

Nur diejenigen Männer und Frauen dürfen am 19. Januar ihren Stimmzettel abgeben, die in den Wählerlisten verzeichnet sind. Bei der großen Eile, mit welcher diese Listen aufgestellt werden mußten, ist es nicht nur möglich, sondern durchaus wahrscheinlich — und, wie Nachprüfungen ergeben haben, tatsächlich vorgekommen —, daß sehr zahlreiche Wahlberechtigte anzuführen vergessen wurden. Diese Vergessenen aber geben ihres Wahlrechts verlustig, wenn sie nicht sofort beantragen, daß ihr Name in die Wählerliste aufgenommen wird. Jeder Mann und jede Frau, die das 20. Lebensjahr überschritten haben, also wahlberechtigt sind, haben jetzt die vaterländische Pflicht, festzustellen, ob ihr Name in der Wählerliste verzeichnet steht. Die Frist für solche Nachprüfung der Wählerliste läuft am 6. Januar ab. Von sozialdemokratischer und bürgerlich-demokratischer Seite werden die Listen danach eifrig durchgesehen. Die auf deutschnationalem Boden stehenden Männer und Frauen dürfen hierin in keiner Weise zurückbleiben. Es wäre nicht nur ein großes Mißgeschick für die deutschnationale Volkspartei, sondern würde Anlaß zu Hohn und Spott geben, wenn zahlreiche deutschnationale Wähler am 19. Januar von der Wahlurne zurückgewiesen würden — nur weil ihr Name nicht in der Wählerliste stand.

### Die Lage im Osten

Rosen, 2. Januar.

In der Nacht zum 1. Januar um 3 Uhr sind in der Ostfront sowie die beiden Mitglieder der englischen Kommission, Oberst Wade und Leutnant Langford, sowie Major Ivanowski von der Hallerischen polnischen Armee aus Polen in der Richtung auf Warschau abgereist. Der Kommandeur Gawling, das dritte Mitglied der Kommission, fuhr über Berlin nach Spaa mit einem Verzicht für die Waffenstillstandskommission. In Otrawa sind Bahnhöf, Post, Polizei, Banken und alle öffentlichen Gebäude in polnischen Händen. Heute trat eine Spezialkommission zusammen, die das ganze militärische Inventar übernahm. In Esternitz ist alles in polnischen Händen. Strohschiff ist ebenfalls in polnischen Händen. Auch der Truppenübungsplatz Barthelager ist von polnischen Abteilungen besetzt worden.

In der Stadt Rosen treten allmählich geordnete Zustände ein. Der Post- und Telegraphenbetrieb ist in vollem Umfang wieder aufgenommen worden. Das „Rosen'er Tagblatt“ und die „Hilfsliche Warte“ dürfen vom Sonnabend früh ab wieder erscheinen.

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Der Vorsitzende der englischen Delegation in Spaa, General Saking, richtete an den englischen Oberstleutnant Wade, kurzelt in Rosen, folgendes Telegramm:

„Ich erhalte vom englischen Auswärtigen Amt den Auftrag, Sie anzuweisen, Ihre Reise nach Warschau ohne Aufsicht fortzusetzen. Bestätigen Sie den Empfang. General Saking, britische Delegation, Spaa.“ Oberstleutnant Wade war von deutscher Seite gemeinsam mit Kobereński freies Geleit ausdrücklich nur für die Route Danzig-Warschau gewährt worden. Die beiden begaben sich aber trotz des deutschen Protestes nach Polen und hatten dort, wie die deutsche Regierung es der Entente unter Ablehnung jeder Verantwortung voransagte, deutschfeindliche Demonstrationen veranstaltet, in der sie unter bewusster Entstellung der Tatsachen dem selbstbetretenden Generalkommando in Rosen mitteilten, ihr Aufenthalt in Polen vollziehe sich im Einverständnis mit der deutschen Waffenstillstandskommission. Mit dem strikten Befehl zur Weiterreise ist endlich der deutschen Forderung Genüge getan, daß Wade und Kobereński das deutsche Reichsgebiet unverzüglich verlassen sollen.

Bromberg, 1. Januar.

Vom Vollzugsamt Bromberg geht uns folgende Mitteilung zu: Am Regierungsbezirk Bromberg sind durch Verhandlungen des Vollzugsamts Bromberg mit Gnesen die Differenzen beigelegt. Die Verhandlungen werden in Solskafitz fortgesetzt. Ruhe und Ordnung sind somit wiederhergestellt.

### Die Wahrheit über Gnesen

Am 27. Dezember wurde das in Gnesen garnisonierende Infanterieregiment 49 nach Schnebenitz geführt ohne jeden schickbaren Grund. Am 28. nachmittags 6 Uhr, kamen 2 polnische Heeren in einem Auto von Polen und brachten von einer unpolnisch besetzten polnischen Kasse begleitet, in die

Kassette der 49er ein, wo sich nur ein paar Dukaten Reute befanden, die zum Überfland zu schwach waren, auch die Waffen nicht zur Hand hatten. Die ganze Art des Vorganges läßt darauf schließen, daß alles bis in die Einzelheiten vorbereitet war, man nimmt allgemein an, daß der Goldkern der 49er von den Polen beschlagnahmt und ihnen die Wege ebnen hat. In ähnlicher Weise wurde dann auch die Kaserne der 12. Dragoner genommen. Die Dragoner befanden sich größtenteils auf Weichnadruckurlaub, die Juristgeübenden waren nicht in der Stadt, als die Polen anlangen. Nur ein Radfahrer meiste hatte zuerst an Überfland, gab ihn aber bald als unrichtig auf. Wie es mit der Disziplin bei den Dragonern stand, zeigte sich übrigens darin, daß zum Verfolgen der Pferde begabte zivile Arbeitskräfte gehalten wurden. Die Polen haben, hauptsächlich aus den Vordere der beiden Kasernen, ungefähr 600 Mann beschlagnahmt.

Am 29. gegen 11 Uhr nach Echa, wo etwas Artillerie und ungefähr 150 Mann von 64 Inf.-Reg. aus Bromberg kamen. Nach längerem Gefecht gegen die Infanterie, die zu etwa einem Drittel aus polnischen Reuten bestanden, am Abend des 29. wurden auch die deutschen Offiziere in Gefangenschaft; die Geschütze sind sämtlich gerettet worden. Am 31. hielten die Polen, die schon am Abend vorher den Sieg durch einen Umzug mit Musik und Fackeln gezeigt hatten, mit den Gelangenen einen feierlichen Einzug in die Stadt; auf einem Karussellwagen, mit blühenden Säulen besetzt, wurden die Reichen der geliebten deutschen Soldaten mitgeführt.

Die Polen sind völlig Herren der Stadt und der Umgegend. Sie haben alle Anlagen und das wertvolle Pferdematerial des Landbesitzes an sich genommen. Es herrscht ein waches Schrecken in der Gegend. Die deutschen Besatzungen werden durchsucht, umgeben mit Waffen, dabei aber regelmäßig angegriffen. Das Kaiser-Friedrich-Denkmal und die Siegssäule mit den Namen der Gefallenen von 1870 wurden zerstört, ein Gedenkstein mit einer roten Bohne im Werte von Millionen völlig zerstört. Der Kaiserberich wird streng überwacht.

Aus Kroschin erfährt das A. T.: Der General Stelmietzger ist von den Polen festgesetzt, der deutsche Grenzschutz aufgehoben und die Garnisonen von Ostrowo und Kroschin sind stark bedroht.

Aus Polen erfährt das A. T.: Das polnische Präventivkomitee veranstaltet Massenabteilung für die bevorstehenden Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.

### Danzig beschließt Selbstverteidigung

Berlin, 2. Januar.

In Danzig wurde aus einer 4000köpfigen Versammlung heraus ein Volksrat zur Wehr gegen die polnische Gefahr gegründet und die Bildung einer militärischen Wehrtrouppe beschlossen.

### Herr Rahardt von den Handwerkern kaltgestellt

Der frühere Landtagsabgeordnete Rahardt entwickelte, wie von der demokratischen Presse gebührend hervorgehoben wurde, in letzter Zeit eine eifrige Tätigkeit, um die Handwerker in das Lager der Demokratischen Partei hinüberzuladen. Dazu sollte ihm die außerordentliche Sitzung der Handwerkskammern und des Handwerktages am 28. und 29. Dezember in Weimar dienen. Schon vorweg deutete die demokratische Presse an, daß dort Beschlüsse zu Gunsten der Demokratischen Partei gefaßt werden würden; denn „alle hervorragenden Führer der deutschen Handwerker hätten sich der Demokratischen Partei angeschlossen.“ So sollten alle geistlichen Berufsorganisationen des Handwerks, die sich bisher freis aus Grundgesetzbarkeitsmäßig neutral zu halten hatten, die Annahmen und

ihre Verbände und die Handwerkskammern vor den Karten der Demokratischen Partei gespannt werden. Der Rattenfänger Rahardt hat jedoch in Weimar eine gründliche Schlappe erlitten. Die demokratische Presse, die zu früh frohlockt hatte, ist plötzlich sehr schweigsam geworden. Und von außerirdischer Seite wird berichtet, daß die in Weimar veranlaßten Handwerker mit überwältigender Mehrheit erklärt haben, Rahardt habe seine Verhandlungen mit der Demokratischen Partei ohne Zustimmung des Handwerks geführt, die Handwerker lehnten es entschieden ab, sich in das Lager der Demokratischen Partei hinüberzuführen zu lassen. Eine angemessene Entschädigung betont, daß sich das deutsche Handwerk geschlossen hinter die bürgerlichen Parteien stellt. Ein großer Teil der Anwesenden erklärte dabei ausdrücklich, daß die Demokratische Partei nicht geeignet sei, das Handwerk im Parlament zu vertreten. Die Handwerker müssen sehr gut, daß die Partei des „Berliner Tageblatts“ wohl für das internationale Großkapital und die Warenhändler, also die schlimmsten Feinde ihres Mittelstandes, nicht aber für das Handwerk eintritt, vermag, selbst wenn einzelne Leute in ihr, wie Herr Rahardt, das von ihr annehmen. Bescheidend für die Stellung der Berliner Handwerker ist übrigens, daß sie in den nächsten Tagen eine Anzahl Versammlungen halten, die Stellung zur Nationalversammlung nehmen werden, und daß die Handwerker dazu bekannte Redner der Deutschen Nationalen Volkspartei genommen haben.

### Die Vorarbeiten zur Friedenskonferenz

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt über die Vorarbeiten für die Friedenskonferenz: Wie wir von ausländischer Seite erfahren, nehmen die von der Reichsregierung angeordneten Vorarbeiten für die Friedenskonferenz einen guten Fortgang und dürften demnächst zum Abschluß gelangen. Der Schwerpunkt der Arbeiten liegt naturgemäß beim Auswärtigen Amt, wo das außerordentlich umfangreiche Material von der politischen, handelspolitischen und der Rechtsabteilung bearbeitet wird. Außerdem nehmen aber auch zahlreiche andere Reichsämter und sonstige Behörden, namentlich das Reichsamt des Innern, das Reichswirtschaftsamt, das Reichsjustizamt, das Reichsgeheimheitsamt, das Reichsministerium und das Kriegsministerium, an diesen Arbeiten teil. Für besondere Fragen tschechischer Natur sind sehr zahlreiche namhafte Sachverständige zur Mitarbeit herangezogen.

### Hindenburgs Stimme

Die „Freiheit“ veröffentlicht das angeblich vertrauliche Telegramm Hindenburgs an das Armees-Oberkommando Ober-Ost, das sich gegen die Beschlüsse des Mäteskonferenzen wendet. Das Telegramm hat der „Freiheit“ zufolge folgenden Wortlaut: Ich erkenne die von dem Generalrat der A. und O.-St. erlassene Resolution betreffend Verordnungen über das Heerwesen insbesondere in der Stellung der Offiziere und Unteroffiziere nicht an. Ich bin der Auffassung, daß eine solche tief in das Leben der Nation und des Heeres einschneidende Veränderung nicht von einer einseitigen Städtevertretung, sondern nur von der durch das ganze Volk berufenen Nationalversammlung getroffen werden kann. Das Heer steht nach wie vor zu der Regierung über und erwartet von dieser Regierung, daß sie die von ihr gegebene Aufgabe über den Bestand des Heeres weiter als maßgebend anerkennt und dadurch dem Offizier- und Unteroffizier-Stops ermöglicht wird, weiter Dienst zu tun. Ich bin in diesem Sinne bei der Regierung vortrefflich geworden, es bleibt deshalb bei den bisher gegebenen Befehlen.

### Zusammenkunft der deutschen Finanzminister im Reichsjustizamt

Berlin, 2. Januar.

Der Staatssekretär des Reichsjustizamtes hat die Chefs der einzelstaatlichen Finanzverwaltungen zu einer gemeinsamen Erörterung der stehenden Finanzfragen auf Berlin, den 10. Januar, in das Reichsjustizamt eingeladen. In einer vertraulichen Aussprache sollen insbesondere die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung und ihre Stenografen, das Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten, die Aufgabe der Nationalversammlung und die finanzpolitischen Ziele der zukünftigen Reichsregierung behandelt werden.





